

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Albrecht Müller MdB zum Bonner Umgang mit den Aussiedlern: Die Gerufenen nicht im Stich lassen.

Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein MdB zur höchsten Steuervergünstigung für Wagen mit Dreibege-Katalysator in den Niederlanden: Holländer in Europa vorn.

Seite 2

Professor Gert Weiskirchen MdB zum Erfordernis der Rüstungskonversion in Ost und West: In einen Wettlauf um den Frieden eintreten.

Seite 3

Florian Gerster MdB zu einer Dokumentation der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz: Ramstein: Mißachtung von Warnungen - Versagen nach der Katastrophe.

Seite 5

44. Jahrgang / 26

7. Februar 1989

Den Aussiedlern ein menschenwürdiges Leben ermöglichen

Die Bundesregierung darf die von ihr Gerufenen nicht im Stich lassen

Von Albrecht Müller MdB

Von der Bundesregierung ist zu erwarten und zu fordern, daß die Menschen, die aus den osteuropäischen Ländern ausgewandert und in die Bundesrepublik gekommen sind, so unterstützt werden, daß sie ein menschenwürdiges Auskommen finden. Sie wurden geholt. Nun ist es unsere Verpflichtung, ihnen bei uns zu helfen und sie nicht zu diskriminieren.

Gleichzeitig verdient die Aussiedlerstrategie von Bundeskanzler Kohl einmal durchleuchtet zu werden:

1. Der CDU laufen die Wählerinnen und Wähler weg. Der Verlockung konnte sie offensichtlich nicht widerstehen, sich ein neues Wählerpotential ins Land zu holen. Gleichgültig, ob die Menschen aus ihrem Umfeld gerissen werden, sprachliche und soziale Probleme bei uns haben. Es hätten sich andere politische Mittel angeboten, diesen Menschen in ihrer Heimat zu helfen.
2. Gleichzeitig soll den Menschen, die in ihren Ländern um ihr Leben fürchten müssen, die Einreise noch weiter erschwert werden.
3. Die Regierung Kohl hätte wissen müssen, daß unter den verschärften sozialen Bedingungen, an denen sie schuld ist - wie Konkurrenz um eine Wohnung oder um einen Arbeitsplatz -, Aversionen gegen Fremde wachsen. Sie selbst hat den Boden bereitet für Fremdenhaß durch ihre inhumane Asylantendiskussion.
4. Nachdem endlich auch von den Unionsparteien die Ostpolitik der Regierungen Brandt und Schmidt akzeptiert wird (dabei verknüpft man sich schweren Herzens die Hinweise auf die damaligen Kampagnen), haben die Vertriebenenfunktionäre aufbegehrt. Sie mußten etwas zu tun kriegen, damit sie still halten.

Ohne in Erwägung zu ziehen, ob unser Land fähig und unsere Bürgerinnen und Bürger genügend vorbereitet sind, noch mehr Fremde zu empfangen, wirbt die Regierung Kohl weiter in Osteuropa um Aussiedler. Dieses Verhalten ist gegenüber den Osteuropäern unsozial und die eigene Bevölkerung wird überfordert. Das ist Kanzler Kohl aber egal.

(-/7.2.1989/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Förderlicher Umwelt
mit dem besten Konsum
Recycling-Papier



Mutige Holländer

Wagen mit Dreiwegekatalysator müssen höchste Steuervergünstigung erhalten

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages

In der strittigen Frage der Kraftfahrzeugentgiftung haben die Niederländer gleich dreimal Mut bewiesen:

- Sie haben dem schwächlichen Kompromiß für Kleinwagen unter 1,4 Liter zusammen mit Dänemark und Griechenland nicht zugestimmt;
- sie haben einen Anreizplan entwickelt, wonach mit Kat ausgestattete Kleinwagen, die der US-Norm entsprechen, eine doppelt so hohe Steuervergünstigung erhalten sollen wie diejenigen, die nur die Euro-Norm erfüllen;
- die niederländische Regierung kommt mit ihrem jetzigen Beschluß einer Klage der EG-Kommission beim Europäischen Gerichtshof zuvor, sie will über den Einspruch der Kommission durch das Luxemburger Gericht befinden lassen.

Demit soll auch die Grundsatzfrage geklärt werden, ob Maßnahmen, die im Interesse des Umweltschutzes geboten sind, künftig Vorrang gegenüber dem freien Warenverkehr haben werden. Ein Urteil, das in diese Richtung weist, hatte der Europäische Gerichtshof schon am 20. September 1988 in der Sache des dänischen Verbots von Einwegflaschen gefällt.

Und wo bleibt die Bundesrepublik? Das Land, das am stärksten vom Waldsterben und von Smoggefahren bedroht ist und das die höchste Autodichte besitzt, hat nicht nur durch Bundesumweltminister Töpfer dem Kleinwagenkompromiß zugestimmt, der immerhin bei den wichtigsten Schadstoffen einen sechs- bis achtfach höheren Ausstoß zuläßt als die US-Norm, die Bundesrepublik steht auch jetzt tatenlos beiseite und läßt in Luxemburg ein kleines Land die Kastanien aus dem Feuer holen.

Bundesumweltminister Töpfer wird aufgefordert, endlich den Rekorstickoxidausstoß von 1988 mit 3,16 Millionen Tonnen ernstzunehmen und Konsequenzen daraus zu ziehen. Notwendig sind zur massiven Reduzierung der Kfz-Abgase:

- die obligatorische Einführung der US-Norm für alle Neuwagen aus deutscher Produktion, notfalls im nationalen Alleingang,
- Steuerbefreiung für alle mit Dreiwegekatalysator ausgerüsteten Neu- und Altfahrzeuge für mindestens vier Jahre zum Ausgleich der Mehrkosten,
- Halbierung der Steuervergünstigung für Fahrzeuge mit unregelmäßigem Katalysator,
- ein Umrüstungsprogramm für Altwagen mit Zuschußregelung.

Die Untätigkeit der Bundesregierung in Sachen Abgasentgiftung macht offenbar, daß zwischen der behaupteten Vorreiterrolle der Bundesrepublik im Umweltschutz und der Realität eine Riesenkluft herrscht.

(-/7.2.1989/vo-he/rs)

In einen Wettlauf um den Frieden eintreten

Zum Erfordernis der Rüstungskonversion in Ost und West

Von Professor Gert Weisskirchen MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Rüstungskonversion der SPD-Bundestagsfraktion

In Momenten der politischen Krise werden oft langfristige Verschiebungen von gesellschaftlichen Strukturen wie von Schlaglichtern plötzlich erhellt. So auch im Fall der Waffenexporte, die die Öffentlichkeit seit Wochen beschäftigt. Eine Welle von Fragen der Moral knüpft sich an. Darf der „Tod im Angebot“ der deutschen Exportgüterindustrie geführt werden? Weckt nicht die bundesdeutsche Hilfe beim Aufbau von Giftgasproduktion im Nahen Osten die Angst des „Holocaust im Wüstensand“? Business as usual - Kasse machen ohne Gedächtnis: das bleibt uns verwehrt. Und das ist gut so. Hinter diesen Fragen verbirgt sich nicht allein das Problem, welche Güter exportiert werden dürfen. In der Tat liegt der Kern des Problems darin, welches Gesicht die künftige Struktur der Güterproduktion der Bundesrepublik Deutschland haben soll.

Daimler Benz und Siemens haben sich auf den Weg gemacht, den bisher eindeutig zivilen Schwerpunkt ihrer Produkte zu verlagern. Durch West-Europa schwappt gegenwärtig eine Welle der Konzentration rüstungswirtschaftlichen Kapitals. Im Auge haben die Akteure dabei das Ziel, wer die besseren Startchancen im Wettlauf um die Rüstungsaufträge erhält. Geschluckt werden dabei hochspezialisierte Anbieter von Rüstungstechnologie vorwiegend mit fortgeschrittenem Know-how der Anwendung von Mikro-, der Energietechnik und der Optoelektronik. Nationale Schranken spielen dabei keine Rolle. Ob GEC aus England, Matra aus Frankreich oder AEG und MBB aus der Bundesrepublik, alles steht zur Disposition, wenn nur neue Märkte geöffnet werden oder zusätzliche staatliche Subventionen oder auch nur die Sicherung von Regierungsaufträgen.

Bundesministerien und Kartellrechte schrumpfen auf eine Restgröße. Zwar herrschen auf dem Rüstungssektor keine Marktbedingungen; aber eine geballte Anbietermacht, wie Daimler Benz und Siemens sie zweifellos darstellen würden nach einer abgeschlossenen Konzentrationsbewegung, könnten die Rolle der Politik in die gefährliche Nähe der Marginalisierung drängen. Eine zweite Welle schwappt parallel zur Konzentration durch West-Europa: eine Welle der Proliferation. Gab es 1972 erst acht Staaten, die Chemiewaffen selbst produzieren konnten, so sind es heute weltweit bereits 20. Mit den Fähigkeiten, Massenvernichtungswaffen sowie strategische Elemente für ihre Herstellung zu produzieren, verhält es sich kaum anders. Und die Bundesrepublik mischt überall kräftig mit.

Allein beim Großgerät hat sich der Waffenexport von 1986 auf 1987 um über 50 Prozent erhöht. Zwar liegen England und Frankreich im Export von Waffen weit vor der Bundesrepublik. Aber die Bedingungen der enger werdenden Kooperationsgeschäfte und die zunehmende Abhängigkeit von bisher auf zivile Produktionsgüter ausgerichteter Firmen durch Rüstungsaufträge vergrößern die Gefahren. Ein Blick auf die Strukturdaten mag beleuchten, welche Interessen auf dem Spiel stehen. 1986 lag die Nachfrage nach Rüstungsgütern in der Bundesrepublik bei 16 Milliarden DM; der Rüstungsexport belief sich auf rund einem Viertel der gesamten Inlandsnachfrage. 300.000 Arbeitnehmer waren in der direkten Rüstungsproduktion beschäftigt, davon wiederum ein Viertel in der exportorientierten Fertigung.

Wir stehen vor einer Grundentscheidung. Noch können wir wählen, ob ein wachsender Teil der volkswirtschaftlichen Güterproduktion sich an die Rüstungswirtschaft bindet oder ob sie die Kreativität und die Fähigkeiten der Forscher und Ingenieure, der Techniker und Facharbeiter einbringt zur Lösung der wirklichen Aufgaben unserer Zeit: Hunger und Armut zu bekämpfen, die Umwelt zu retten und Frieden zu schaffen ohne Waffen. Niemals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren Chancen für friedliche Regelungen der globalen wie der regionalen Konflikte so greifbar nahe. Eine Ausweitung der Rüstungswirtschaft und besonders die Erhöhung der Waffenexporte wären das falsche Signal.

Die Ziele militärischer Produktion schrittweise umzustellen auf zivile wird weltweit den Abrüstungsprozeß beschleunigen und mithelfen, die Dynamik der Aufrüstung abzulösen durch die Dynamik der Abrüstung. Und mehr als das. Der Verzicht auf das Projekt Jäger 90 allein wird zum Beispiel Finanzmittel von mindestens 100 Milliarden DM freisetzen, die für zivile Projekte produktiver, gesellschaftlich gewinnbringend und mit eindeutig höherer Arbeitsplatzintensität eingesetzt werden können. Bis zum Jahr 2005 sieht selbst das Bundesverteidigungsministerium höchstens 15.000 Arbeitsplätze durch dieses teuerste europäische Rüstungsprojekt aller Zeiten gesichert.

Das ist die Grunderfahrung der Rüstungswirtschaft - auch höherer Einsatz öffentlicher Finanzmittel macht es nicht möglich, daß die Arbeitsplätze den Wettlauf gegen den Rationalisierungseffekt gewinnen. Die Ausweitung der Rüstungsgüterindustrie gefährdet den inneren und äußeren Frieden in einer doppelten Weise. Weder kann sie die Sicherheit der Arbeitsplätze garantieren und entzieht doch zugleich der Gesellschaft notwendige finanzielle Mittel, die investiert werden können in dringend zur Sanierung anstehenden sozialen oder ökologischen Brennpunkten; sie wird die Dynamik der Aufrüstung sichern und untergräbt damit die Chance für eine Politik der Entspannung.

Die Umstellung der Ziele militärischer Produktion auf zivile ist einzubetten in ein Konzept der Abrüstung und der Umlenkung von Budgetmitteln. Und mehr als das. Unternehmerisches Handeln, staatliche Rahmensezung und gewerkschaftliche Ziele sind neu aufeinander zu beziehen. Gewiß werden praktische Schritte der Konversion anzusetzen haben an den konkreten Produktionsstrukturen in den Betrieben und gewiß auch an den Auftragsbedingungen des Staates für Forschung, Entwicklung und Fertigung. Darüber hinaus aber wird zu berücksichtigen sein, welche Erweiterungen der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer notwendig sind und welche Ergänzungen der regionalen Strukturpolitik.

Michail Gorbatschow hat in seiner Rede vor der UNO seine Überlegungen für einen Konversionsplan dargelegt. Eine überzeugende Antwort des Westens ist bislang ausgeblieben. Wie wäre es, wenn der Westen und der Osten einen neuen Wettlauf beginnen könnten - einen Wettlauf um den Frieden? Konversion könnte dazu einen entscheidenden Beitrag leisten. Zu suchen wäre ein neues industriepolitisches Konzept, das ökonomische Erfordernisse verbindet mit dem Interesse an der Sicherung von Arbeitsplätzen und die Formulierung neuer Produktionsziele mit ihrer ökologischen Verantwortbarkeit. Der Weg von der Rüstungswirtschaft zur Friedenswirtschaft ist schwierig. Aber jeder neue Weg beginnt mit dem ersten Schritt.

(-/7.2.1989/vo-he/rs)

Ramstein: Mißachtung von Warnungen - Versagen nach der Katastrophe

Zu einer Dokumentation der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Von Florian Gerster MdB

Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion im
Untersuchungsausschuß „Flugtage Ramstein/Nörvenich“

War die Katastrophe von Ramstein am 28. August 1988 vermeidbar? Oder haben sich wieder einmal Politiker und Öffentlichkeit erst nach einem spektakulären Unfall mit Toten und Verletzten über die Notwendigkeit der Unfallverhütung gestritten?

Vor dem Flugtag haben politische und gesellschaftliche Kräfte seit Jahren konkret gewarnt. Dies belegt die Dokumentation der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz zu Beratungen und Anhörungen in Landtagsplenum und Innenausschuß eindrucksvoll. Zu den frühen Warnern gehört die rheinland-pfälzische SPD, die sich deswegen von Landesregierung und Mehrheits-CDU des Anti-Amerikanismus bezichtigen lassen mußte. In Anträgen hatte sie ein deutsch-amerikanisches Freundschaftsfest ohne Flugvorführungen vorgeschlagen.

Auch der Kreistag Kaiserslautern - auf Antrag der CDU - und viele Anliegergemeinden verlangten seit Jahren einen Verzicht auf den Flugtag auf dem Ramsteiner Flugplatz der US-Luftwaffe. Die Evangelische Kirche der Pfalz hatte ihre Mitglieder aufgefordert, dem Flugtag fernzubleiben.

Innenminister Rudi Geil am 8. September 1988: „Solch ein Unglück hätte wohl niemand für möglich gehalten.“ Wie erklärt sich dann, daß die Polizei des Landes umfassende Vorsorge getroffen hatte: sogar speziell ausgebildete Beamte zur Identifizierung von Leichen waren in Bereitschaft.

Der Rettungsdienst allerdings - auf deutscher Seite ein Kreisverband des Deutschen Roten Kreuzes - ist offenbar nicht von der Möglichkeit eines größeren Unfalles ausgegangen. Er nahm auch hin, daß dem Wunsch nach direkten Telefonverbindungen zum Einsatzstab oder zur Rettungsleitstelle von den amerikanischen Stellen nicht entsprochen wurde.

Für erwartete und tatsächlich gekommene 250.000 bis 300.000 Besucher war die Kapazität des Rettungsdienstes völlig unzureichend. So waren vom DRK nur vier und vom Veranstalter nur 13 Ärzte insgesamt im Einsatz. Der Innenminister des Landes muß sowohl hinsichtlich seiner Dienstaufsicht über die Kreisverwaltung wie auch wegen der Landeszuständigkeit zu vorbeugenden und abwehrenden Maßnahmen gegen Gefahren größeren Umfangs für den unzureichenden Katastrophenschutz beim Flugtag in Ramstein verantwortlich gemacht werden.

Zu dem Versagen des Landes gehört auch der jahrelange Verzicht auf adäquate gemeinsame Katastrophenschutzübungen deutscher und amerikanischer Stellen. Lediglich eine „Stabsrahmenübung“ hatte als Übungsgegenstand eine „Großschadenslage nach dem Zusammenstoß zweier Luftfahrzeuge“, bei der der operative Einsatz deutscher Katastrophenschutzeinheiten auf dem Flugplatz nicht geübt werden konnte. Die wenigen anderen gemeinsamen Übungen der letzten Jahre machten darüber hinaus Unzulänglichkeiten im Ausbildungsstand und in der Stehzeit des Fachpersonals auf amerikanischer Seite deutlich.

Der Innenausschuß des Landtages konnte bei seiner Untersuchung des Ablaufs der Rettungsmaßnahmen keinen dafür verantwortlichen Gesamtleiter - zum Beispiel einen leitenden Notarzt - auf dem Flugplatz ausfindig machen. Fehlende Kommunikationsmöglichkeiten mit der Rettungsleitstelle mußten durch ein Funkgerät und durch einen Rettungshubschrauber ausgeglichen werden.

Die unterschiedlichen Rettungskonzepte der amerikanischen und deutschen Sanitätsdienste erschwerten die Erstversorgung der Opfer zusätzlich. Der von den Amerikanern praktizierte Abtransport von Schwerstverletzten nahezu ohne Versorgung am Unfallort bleibt nur dann ohne Folgen für die Verletzungen, wenn nach sehr kurzem Transport ein dafür geeignetes und vorbereitetes Krankenhaus erreicht werden kann. Dies war ganz und gar nicht der Fall: Mehrere Fahrzeuge erreichten die umliegenden Krankenhäuser erst nach längeren Irrfahrten. Die Berufsgenossenschaftliche Unfallklinik Ludwigshafen - eine Spezialklinik für Verbrennungen - wurde durch den Funkverkehr eines Krankenwagens zufällig auf die Katastrophe aufmerksam. Von seiten des Katastrophenschutzstabes oder der Rettungsleitstelle war sie nicht alarmiert worden.

Die Dokumentation der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz macht deutlich, daß der Katastrophenschutz in unseren Ländern bei seltenen „Großschadensereignissen“ vielfach überfordert ist. Darüber hinaus belegt er die Schwierigkeit der Koordination mit den Alliierten. Wichtiger als eine Optimierung des Katastrophenschutzes ist es aber, die Katastrophe selbst zu vermeiden: Der Flugtag in Ramstein war ein Flugtag zuviel.

(-/7.2.1989/va-he/rs)

* * *